

Der Anwalt ist schon informiert

Initiative Pro Lilienthal will gegen den Bau der Straßenbahnlinie 4 vor Gericht ziehen

Von unserem Redakteur
Siegfried Deismann

LILIENTHAL. Wenn Bürgermeister Hollatz am Donnerstagabend im Klosterhof gewesen wäre, er hätte gewusst, warum nur so wenige Fragebögen zum Marketingkonzept der BSAG zum Bau der Linie 4 ihren Weg zurück ins Rathaus gefunden haben (wir berichteten). Die Gegner der Linie 4 – organisiert in der Initiative Pro Lilienthal, die zur Mitgliederversammlung eingeladen hatte, sind nämlich mitnichten zur Kooperation bereit, sondern suchen die Konfrontation – auf juristischem Weg.

Nun ist Bürgermeister Willy Hollatz bekanntermaßen Straßenbahnbefürworter und kein -gegner und so gab es für ihn auch gar keinen Grund, an der Versammlung der Initiative teilzunehmen. Zumal er wohl auch kaum willkommen gewesen wäre, wie man einigen recht unfreundlichen Bemerkungen aus der Versammlung entnehmen konnte.

155 Mitglieder sind derzeit bei Pro Lilienthal zusammengeschlossen und machen sich gegenseitig wohl auch Mut gegen das aus ihrer Sicht völlig unsinnige Projekt Linie 4, das mit dem Ratsbeschluss vom 5. November endgültig auf den Weg gebracht zu sein scheint. Rund drei Dutzend Linie 4-Gegnern trafen sich zur mittlerweile vierten Mitgliederversammlung, um unter anderem einen neuen Vorstand zu wählen. Diese Wahl verlief ebenso reibungslos wie unspektakulär, da die Versammlung auf Wiederwahl des Vorsitzenden Alfred Werner und seiner beiden Stellvertreter Harald Rossol und

Carsten Michaelis plädierte, die dann auch einstimmig erfolgte. Vorausgegangen war die Entlastung des Vorstands nebst Kassenbericht, bei dem Kassenprüfer Hilmar Kohlmann die mangelnde Zahlungsmoral einiger Mitglieder kritisiert hatte, durch die Außenstände in vierstelliger Höhe aufgelaufen seien.

Im fünfstelligen Bereich wird sich dagegen die Summe bewegen, die die Straßenbahngegner demnächst für einen Fachanwalt in die Hand nehmen wollen, um der Linie 4 doch noch in allerletzter Minute einen juristischen Bremsklotz in den Weg zu stellen. Denn auch wenn der eine oder andere Straßenbahngegner, etwa CDU-Ratsherr Christoph Meyer, durchaus beeindruckt von der Präsentation des Marketingkonzepts der Bremer Straßenbahn AG gewesen war, so muss aus ihrer Sicht derzeit noch die Devise lauten: Verhindern, was sich noch verhindern lässt. Wohl wissend, dass für den Fall der Fälle – dass also alle Einsprüche gegen die Bahn erfolglos bleiben und auch der Gang zum Gericht nicht den gewünschten Erfolg bringt – Plan B in Kraft tritt, nach dem Motto: Rette sich, wer kann. Das eben sei das Dilemma, machte Meyer deutlich: Als Hausbesitzer müsse man zweigleisig fahren, nämlich einerseits so lange wie möglich gegen die Bahn kämpfen, aber für den Fall, dass sie kommen sollte, das Beste für sich herausholen.

Für die Pro Lilienthal-Mitglieder und Ratsherren Harald Rossol (parteilos) und Christdemokrat Christoph Meyer geht es bei der Linie 4 nicht mehr um Inhalte und politisch

halten sie den Zug ebenfalls für abgefahren. Stereotyp verfassten Antworten der Bremer wie niedersächsischen Landespolitik entnehmen sie zudem, dass es mit der Dialogbereitschaft gegenüber den Straßenbahngegnern nicht weit her sei.

Statt eines ausgefüllten Fragebogens wird Bürgermeister Hollatz in diesen Tagen eine detaillierte Stellungnahme der Initiative Pro Lilienthal erhalten. Hinter der steht zu weiten Teilen auch der Wirtschafts-Interessenring, der jedoch, wie vom WIR-Vorsitzenden Detlev Schulze zu erfahren war, zwischenzeitlich selbst einen Forderungskatalog im Rathaus abgegeben hat. Im Pro Lilienthal-Papier wird zunächst die generelle Ablehnung des Projekts Linie 4 unterstrichen. Sollte die Straßenbahn dennoch gebaut werden, fordern die Gegner die „Vorlage eines integrierten Plankonzeptes über die weitere gewerbliche Entwicklung in der Gemeinde Lilienthal, insbesondere des Einzelhandels und der Dienstleistungen (Standortqualität)“ sowie „Schadenersatz bezüglich Umsatz-/Ertragsausfall in der Bauphase und ein Jahr danach“, „Beseitigung der Einbahnstraßenregelung durch Planänderung“ und „Erstellung eines Parkplatzkonzeptes für die Bauphase und danach“.

In der Bauphase müsse die jederzeitige Erreichbarkeit der Anliegergrundstücke mit Pkw und Lkw sowie ein funktionierendes Baustellenmanagement sichergestellt sein. Auch müsse der Bauzeitenplan eingehalten sowie ein Zweischichtenbetrieb der Baustellen und eine ausreichende Beschilderung zu den Geschäften gewährleistet sein.



Alter und neuer Pro Lilienthal-Vorstand (von links): Harald Rossol, Vorsitzender Alfred Werner und Carsten Michaelis. Die Initiative will den Klageweg beschreiten.

FOTO: SIEGFRIED DEISMANN